



# NEWSLETTER BERLIN



## ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 19/2003 72. gesamt

07.11.2003

### Mit Merz wird Herzog zur Demontage sozialer Sicherung

**Der Streit über die aktuellen Sozialreformen der Bundesregierung verdeckt die eigentliche politische Auseinandersetzung, nämlich die zwischen dem Herzog-Konzept der CDU und den langfristigen Reformvorstellungen der Koalition für die sozialen Sicherungssysteme.**

SPD und Grüne wollen, dass Menschen mit höherem Einkommen auch in Zukunft einen höheren Beitrag zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme leisten. Mit dem Übergang zur Bürgerversicherung will die SPD langfristig alle Bevölkerungsgruppen und alle Einkommensformen in diese Finanzierungsformen einbinden. Damit machen wir das Solidarprinzip zukunftssicher, entlasten die Erwerbsarbeit und stellen eine bisher noch fehlende gesellschaftliche Gerechtigkeit her.

#### **Selbst die CSU lehnt Herzogs Ideen ab**

Einen völlig anderen Weg schlägt jetzt die CDU mit dem Herzog-Konzept ein, das bekanntlich selbst von der CSU abgelehnt wird. Neben vielen anderen

schwierigen Vorschlägen der Herzog-Kommission ist vor allem der Vorschlag eines Kopfpauschalens-Modells ein Bruch mit der gesellschaftlichen Solidarität. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll nach dem Willen der CDU in Zukunft pro Kopf die gleiche Summe für die Krankenversicherung zahlen, unabhängig vom Einkommen. Der Anteil der Arbeitgeber soll deutlich zu Lasten der Arbeitnehmer gesenkt werden. Gut verdienende Menschen sollen sich weiter ganz dem Solidarsystem entziehen können, so die CDU.

264 Euro soll die CDU-Kopfpauschale für Erwachsene betragen, gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen eine deutliche Mehrbelastung gegenüber heute, teilweise eine Verdoppelung und Verdreifachung der Kosten. Auf diese Kritik reagierte die CDU und versprach nach Vorstellung des Herzogs-Konzepts einen Steuerzuschuss für die Zahlung der Kopfpauschale in Höhe von 27 Mrd. Euro pro Jahr, eine gewaltige Summe.

#### **Vom Steuerzuschuss ist keine Rede mehr**

Im jetzt von der CDU beschlossenen Steuerreformkonzept ist die Summe für den Steuerzuschuss nicht enthalten. Schon wenige Wochen nach dem Vorschlag zur Gesundheitsreform ist damit die versprochene soziale Abfederung weg. Denn die Merz-Reform lässt keinen Platz für 27 Mrd. Euro steuerfinanzierte Zuschüsse, das hat Merz selbst deutlich gemacht.

Die Folge für eine Familie mit 25.000 Euro Einkommen: Durch die Merz-Reform wird die Familie nicht profitieren, denn schon heute (mit Steuerreform 2004) zahlt eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Einkommen von über 37.000 Euro keine Steuern. Heute muss diese Familie zusammen 147 Euro für die Krankenversicherung zahlen, dazu kommt noch ein Arbeitgeberzuschuss in gleicher Höhe.

#### **Familien als Verlierer der CDU-Reformen**

Geht es nach der CDU und der Herzog-Reform, müssten Vater und Mutter zusammen 528 Euro Kopfpauschale zahlen. Dem vom Arbeitgeber ausgezahlten Zuschuss von 147 Euro mildert



Themen in dieser Ausgabe:

- Rentenreform
- Nachgelagerte Besteuerung
- Gerechte Steuerpolitik
- Termine
- Woche im Parlament

den Verlust etwas ab. Insgesamt fehlen der Familie pro Monat 134 Euro.

Ganz anders bei Besserverdienenden: Ein Single mit dem Gehalt eines Bundestagsabgeordneten wird durch die Kopfpauschale über 260 Euro pro Monat sparen. Außerdem wird er durch das Merz-Konzept noch einmal ca. 200 Euro Steuern im Monat sparen.

Gerechtigkeit à la CDU!

## Umwelt- und Wirtschaftsministerium legen Streit um erneuerbare Energien bei

Die Einigung zwischen BMU und BMWA über die Novelle des EEG ist ausdrücklich zu begrüßen. Damit setzen wir deutliche Signale für einen weiteren Ausbau der Stromerzeugung mit Erneuerbaren Energien und leisten einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz.

Die Anforderungen an die Effizienz der Anlagen und damit der Anreiz zur Senkung der Kosten und Steigerung der Wirkungsgrade erhöht. Damit verstärken wir die Anreize, Erneuerbare Energien mittelfristig wettbewerbsfähig zu machen.

Mit einer unbefristeten Fortschreibung und Ausweitung der Härtefallregelung für stromintensive Unternehmen trägt der Vorschlag außerdem unserer Forderung Rechnung, auch stromintensive mittelständische Betriebe zu entlasten. Künftig können Unternehmen entlastet werden, deren

Stromverbrauch zehn GW/h übersteigt und deren Anteil Stromkosten 15 Prozent ihrer Bruttowertschöpfung nicht unterschreitet. Gleichzeitig wurde ein Zehn-Prozent-Deckel bei der Wälzung der Kosten vereinbart, um die zusätzliche Belastung der übrigen Stromkunden zu begrenzen.



Und schließlich gewährleistet die zum 1. Januar 2004 geplante vorgezogene Regelung im Bereich Fotovoltaik, dass es einen nahtlosen Übergang von dem erfolgreichen, im Dezember auslaufenden 100.000-Dächer-Programm zur neuen EEG-Regelung gibt.

Im nun anstehenden par-

lamentarischen Verfahren werden noch eine Reihe von Punkten zu klären sein, darunter:

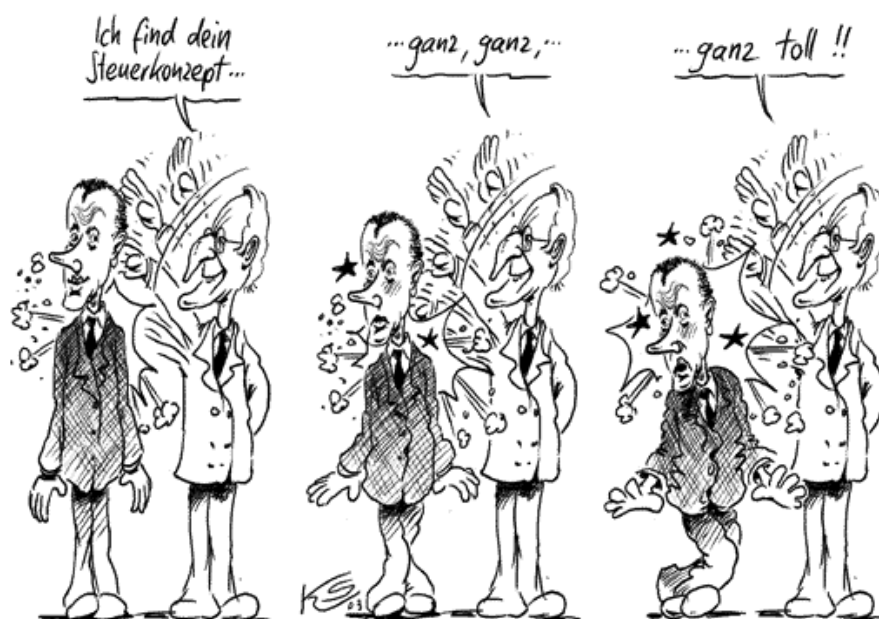
- Rahmenbedingungen für den notwendigen quantitativen und qualitativen Netzausbau,
- Verbesserung des Regenergiemarktes und Transparenz bei den Regenergiekosten,
- Optimierung der Effizienz bei der Biomassenutzung.



### DENK-ZETTEL

„Spart Rot-Grün unsere Renten kaputt?“

Eine Durchschnitts-Rente wird gerade mal um 12 Euro im Monat gekürzt. Das sind 40 Cent am Tag. Übrigens: Unsere älteren Mitbürger jammern am wenigsten, weil sie wissen, wie wichtig Solidarität ist, und weil sie ihren Kindern und Enkeln nicht die Zukunft verbauen wollen.



Karikatur: Klaus Stüttmann

## Zentrum für internationale Zusammenarbeit (CIC) stärken

Das CIC hat im gemeinsamen Interesse von Bund, Land und Stadt Bonn den Auftrag, die in der Region Bonn ansässigen internationalen Akteure mit dem Ziel zu vernetzen, das Profil Bonns als Zentrum für internationale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür soll das CIC Themen von internationalen Akteuren aufgreifen und die Rolle des Dienstleisters übernehmen. Durch die Bündelung der internationalen Aktivitäten kann das CIC Akzente setzen, so dass insbesondere in den Bereichen Umwelt und Entwicklung sowie Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien wichtige Mehrwerte bei der Behandlung der jeweiligen Themen und für den internationalen Standort Bonn entstehen können.

Der SPD-Bundestagsfraktion ist die Bedeutung der Arbeit des CIC für den geplanten Ausbau des Internationalen Kongresszentrums Bundeshaus Bonn (IKBB) und für die Entwicklung des VN-Campus als Kernbausteine für das Zentrum für internationale Zusammenarbeit Bonn sehr bewusst. Deswegen ist es wichtig, dass die Bundesregierung gemeinsam mit der Stadt Bonn und dem Land NRW sicherstellt, dass die Arbeit des CIC in geeigneter Weise über das Jahr 2004 hinaus fortgesetzt werden kann.

### Termine Ulrich Kelber:

18.11.03, 16.30 bis 18.30 Uhr -  
Bürgersprechstunde  
im Wahlkreisbüro, Clemens-  
August-Str. 64, Tel: 280 31 35

3.12.03, 20 Uhr  
Politischer Stammtisch im  
„Brauhaus Machold“, Heerstr.

4.12.03, 19 Uhr  
Diskussionsveranstaltung „  
Zukunft des öffentlichen Dienstes“, Rathaus Beuel



## FINANZEN

### Steuervereinfachung

Mit dem in 2./3. Lesung beschlossenen Steueränderungsgesetz 2003 wird die Praxis der Besteuerung vereinfacht, indem u.a. Verfahrensabläufe künftig elektronisch abgewickelt werden können. Neben der Lohnsteuerbescheinigung soll auch die Lohnsteueranmeldung elektronisch dem Finanzamt übermittelt werden können.



Im parlamentarischen Verfahren wurde der Gesetzentwurf weiter verbessert. Von besonderer Bedeutung sind hierbei:

- Erleichterungen bei der steuerlichen Berücksichtigung von Pflegekindern und beim **Pflegepauschbetrag** für die Eltern behinderter Kinder: Danach sind Pflegeeltern, die im Auftrag des Jugendamtes ein Kind betreuen, künftig nicht mehr verpflichtet, Aufwendungen für die Betreuung, Erziehung oder Ausbildung ihres Pflegekindes einzeln nachzuweisen, wenn sie für ihr Kind Kindergeld beanspruchen wollen. Für Eltern behinderter Kinder werden ebenfalls bürokratische Nachweisregelungen zur Höhe des Pflegeaufwandes beseitigt.
- Wegfall der bisherigen Zweijahresfrist bei **doppelter Haushaltsführung**.
- Begrenzung des für steuerfreie Zuschläge für **Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit** maßgeblichen Arbeitslohns auf 50 Euro pro Stunde: Damit werden „Steuertricks im Strafraum“ verhindert, wonach „findige“ Bundesliga-Manager für ihre millionenschweren Fußball-Profis die Steuerfreiheit von Nacht- und Sonntagszuschläge nutzen wollten.

**Im übrigen sind eine Vielzahl von Änderungswünschen des Bundesrates, die sich auf steuertechnische Detailregelungen beziehen, im Gesetzgebungsverfahren bereits berücksichtigt worden.**

## EUROPA

### Verfassungsentwurf in entscheidender Phase

Am 4. Oktober 2003 hat unter italienischem EU-Vorsitz eine Regierungskonferenz begonnen, die auf der Grundlage der vom Europäischen Konvent erarbeiteten „Verfassung für Europa“ über eine Revision der verfassungsmäßigen Grundlagen der EU berät. Bis Dezember 2003 soll im Kreise der heutigen und der im Mai 2004 beitretenden neuen EU-Mitgliedstaaten eine Einigung über den konkreten Inhalt der „Verfassung für Europa“ erzielt werden.

Abschließende Beratung bis Dezember 2003  
Damit ist der europäische Verfassungsprozess in seine entscheidende Phase eingetreten. Die bisherigen Verhandlungen zeigen jedoch, dass die vom Konvent erarbeiteten Integrationsfortschritte zum Teil rückgängig gemacht werden sollen. Dies zeigen viele Änderungswünsche, die von den Delegationen eingebracht worden sind. Ein Abschluss noch im Dezember 2003 ist aber wichtig, damit die Bürger/innen auch auf der Grundlage des Verfassungs-Vertrages ihre Entscheidung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 treffen können.



Konventsentwurf nicht in Frage stellen  
Eine wesentliche Voraussetzung für die EU-Erweiterung ist die erfolgreiche Vollendung der Europäischen Verfassung. Damit werden die europäischen Institutionen gestärkt und die Integration Europas vertieft.

Deshalb haben wir am Donnerstag zusammen mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Darin fordert der Deutsche Bundestag, dass der Entwurf in der Regierungskonferenz nicht wieder aufgeschnürt wird. Das wäre nicht mehr und nicht weniger als ein Scheitern des Konvents.



### A U S S E N

#### Fortsetzung von „Enduring Freedom“

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist nicht zu Ende. Am Freitag hat die Bundesregierung den Antrag zur Verlängerung des Mandats „Enduring Freedom“ ins Plenum eingebracht. Der internationale Einsatz unter Beteiligung deutscher Streitkräfte soll um weitere 12 Monate verlängert werden.

#### Weiter Kampf gegen Terrorismus

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist nach wie vor eine der zentralen Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft. Die Anschläge in diesem Jahr in Riad, Casablanca und Jakarta sind ein Beleg dafür.



Ein Scheitern der Stabilisierung und Demokratisierung wäre ein gefährlicher Triumph der Terroristen. Deshalb müssen wir eine Rückkehr von Taliban und Al Qaida verhindern. Mit unserer Beteiligung an „Enduring Freedom“ schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass der Aufbau und die Stabilisierung Afghanistans überhaupt Erfolg haben können.

#### Weniger Soldaten für neues Mandat

Das neue Mandat sieht weiterhin den möglichen Einsatz von bis zu 250 Sanitätssoldaten, rund 100 Spezialkräften, 500 Soldaten für den Lufttransport und bis zu 1.800 Soldaten der Marine vor.

Die Einheit der ABC-Abwehrkräfte mit 800 Soldaten wird aus dem Mandat herausgenommen. Damit verringert sich die mögliche Zahl der Soldaten von maximal 3.900 auf maximal 3.100. Das Kommando Spezialkräfte (KSK) wurde inzwischen aus Afghanistan abgezogen.

#### **Kontakt:**

Bundestagsbüro Berlin  
Platz der Republik 1 (UdL 50)  
11011 Berlin  
Tel: 030 – 227 700 26  
Fax: 030 – 227 76 008  
Email: [ulrich.kelber@bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@bundestag.de)  
Internet: [www.kelber.de](http://www.kelber.de)

### V E R K E H R

#### Ausbau von Schiene und Straße

#### Bundesverkehrswegeplan 2003

Die Regierungsentwürfe für den Ausbau der Bundesschienenwege und der Fernstraßen sind beide Teil des Bundesverkehrswegeplans 2003.

Der Bund wird in den nächsten Jahren 150 Mrd. € zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur bereitstellen – das sind 10 Mrd. € jährlich zur Sicherung der Mobilität und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Das bedeutet Verlässlichkeit und Verstetigung der Investitionstätigkeit auf hohem, anspruchsvollem Niveau. Vor dem Hintergrund der bekannten schwierigen Haushaltslage des Bundes ist dies auch ein positives Signal für Wirtschaft und Konjunktur.

150 Mrd. Euro für Verkehrsinvestitionen  
Bis 2015 werden

- 77,5 Milliarden Euro für Bundesfernstraßen
  - 7,5 Milliarden Euro für Wasserwege und
  - 64 Milliarden Euro für die Schiene
- aufgewendet. Hinzu kommen noch die Investitionen in das Bundesschiennetz in Höhe von 14 Milliarden Euro, die aus Regionalisierungsmitteln und über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz eingesetzt werden.

#### Gleiche Mittel für Schiene und Straße

Erstmals sind die Mittel für Schiene und Straße einander angeglichen worden. Damit wird unser Verkehrssystem auf das erwartete weitere Verkehrswachstum als Folge der EU-Osterweiterung vorbereitet.

Der BVWP 2003, den die Bundesregierung in seiner Sitzung am 2. Juli 2003 beschlossen hat, verlagert den Schwerpunkt der Investitionen in der Verkehrsinfrastruktur weg vom Aus- und Neubau von Verkehrswegen hin zum Erhalt der bestehenden Wege und Strecken.

SPD-Bürgerbüro Bonn  
Clemens-August-Str. 64  
53115 Bonn  
Tel: 0228 – 280 31 35  
Fax: 0228 – 280 31 36  
Email: [ulrich.kelber@wk.bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@wk.bundestag.de)